

# Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 24 Berlin und Bonn

7. Januar 2021



ISSN 2699-9749



**Broemme  
meint**

## Impfen, impfen, impfen

(BS) Die Diskussionen über die Impfstoffe in Deutschland überdecken viele andere Themen. Zutreffend ist, dass die erforderlichen Impfstoffmengen für Deutschland erst nach und nach bereitgestellt werden. Eine Impfstoffknappheit ist aber nicht zu befürchten. Die komplizierte Behandlung des Impfstoffes von der Lagerung über das Auftauen, das Verdünnen, das Aufziehen auf die Spritzen bis zum Verimpfen erfordert zudem gut organisierte Impfzentren. Die Benachrichtigung der Patienten verlangt außerdem leistungsfähige Callcenter sowie belastbare Internetauftritte.

Der begonnene nationale wie internationale Wettlauf, wer mit dem Impfen als Erster angefangen hat, ist meines Erachtens nebensächlich. Es kommt darauf an, dass das Personal in den Krankenhäusern, im Rettungsdienst, in den Arztpraxen, bei der Polizei und im Katastrophenschutz rechtzeitig geimpft wird, damit es nicht wegen einer Corona-Erkrankung ausfällt. Es muss das wichtigste Ziel sein, die Bevölkerung möglichst schnell durchzuimpfen. Hier lohnt sich der Wettbewerb.

### Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

## Das große Impfen hat begonnen

(BS) Der Tag, auf den viele gewartet haben, ist nun endlich da. Nach der Zulassung des Corona-Impfstoffes von BioNTech durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) zum Ende des vergangenen Jahres konnte das Impfen in der Regie der Bundesländer starten. Der Impfstoff, der zunächst in einem Werk in Belgien produziert wird, muss jedoch bei minus 70 Grad Celsius gekühlt transportiert werden. Der Grund für diese extreme Kühlung liegt an der Empfindlichkeit des Vazins, die aus der mRNA-Technik resultiert.

Den Transport der langersehnten Fracht übernehmen private Logistikunternehmen, die die Kühlkette bereitstellen können. Zu diesen Unternehmen gehören unter anderem Kühne + Nagel oder die Deutsche Post. So erhielt die Deutsche Post schon Anfang Dezember 2020 von der Landesregierung Niedersachsens den Auftrag, für das Land rund 2,2 Millionen Impfdosen und ca. 350 Paletten Impfbühör zu transportieren.

Der Corona-Impfstoff wird in geheimen Zentrallagern der Länder gesammelt. Man wolle auf alle Eventualitäten, wie Diebstahl oder Attacken von Impfgegnern, vorbereitet sein. Ebenso lässt man Vorsicht bei den Transporten walten. Diese würden von Kräften der jeweiligen Landes- sowie der Bundespolizei begleitet. Auch die Impfzentren sollen perspektivisch "verstärkt" von Polizeistreifen kontrolliert werden.

Das Technische Hilfswerk (THW) steht nach der Öffnung der Impfzentren bereit, die Impfstoffe von den Zentrallagern an die über 400 Impfzentren in Deutschland zu liefern. Die Bundeswehr beteiligt sich nicht an der Sicherung und dem Transport des Impfstoffes aus Belgien. Jedoch haben schon 13 Bundesländer die Bundeswehr um Amtshilfe bei zum Beispiel den mobilen



Bei der Logistik und Lagerung des Corona-Impfstoffes wird besondere Vorsicht an den Tag gelegt.

Foto: BS/torstensimon, pixabay.com

Impfteams in den Alten- und Pflegeheimen gebeten. Trotz der Vorbereitung der Impfungen seit Ende November kommen die Impfungen nur langsam voran. Während der Aufbau der Impfzentren weitestgehend problemlos verlaufen ist, stockt die Verteilung der Impfdosen. Von den 1,3 Millionen Impfdosen, die seit Jahresende geliefert wurden, konnten erst über 300.000 verimpft werden.

Ebenso läuft der Aufbau der "Nationalen Reserve Gesundheitsschutz (NRGS)" langsam an. Ob diese jedoch für zukünftige Katastrophen sinnvoll bestückt werden, steht in den Sternen. Es hatte schon in der LÜKEX-Übung 2007 Forderungen nach solchen Einlagerungen gegeben. Egal ob Erdbeben (Risikoanalyse 2019), ein Cyber-Angriff (LÜKEX 21) oder eine weitere Pandemie geschieht, die jetzige Katastrophe zeigt, dass die notwendige Resilienz nicht nur durch Vorräte gewährleistet werden kann, sondern durch Disziplin, Improvisation und Organisations-talent.

## Erfolgreiche kommunale Eindämmung

(BS) In der Eindämmung des Corona-Virus nehmen vor allem Kommunen eine besondere Rolle ein. Auf dieser Ebene können zu meist Maßnahmen des Infektionsschutzes schnell um- und durchgesetzt werden. Es zeigte sich schon zu Beginn der Corona-Pandemie, dass Kommunen mit eigenen Ideen für Präventions- und Eindämmungsmaßnahmen Impulse für die ganze Bundesrepublik setzen können. Diese Maßnahmen, wie die Maskenpflicht in Jena gleich zu Beginn der Pandemie im April, hatten trotz massiver Kritik und angezweifelter Wirkung eine Signalwirkung für ganz Deutschland.

Zu diesem Thema findet am **13. Januar** von **14 - 15 Uhr** auf der Plattform [Digitaler Staat.Online](#) die Diskussionsrunde "Kommune - erfolgreiche Strategien gegen die Pandemie" statt.

Dabei werden unter anderem folgende Fragen behandelt: Wie sehen erfolgreiche kommunale Corona-Eindämmungsmaßnahmen aus? Wie können Kommunen voneinander lernen? Müssen Landesregierungen stärker auf die kommunalen Entscheidungsträger hören? Soll es eine konsistente Pandemie-Strategie für ganz Deutschland geben? Die Diskutanten der Runde sind:

- Dr. Thomas Nitzsche, Oberbürgermeister von Jena
- Boris Palmer, Oberbürgermeister von Tübingen
- Sven-Georg Adenauer, Landrat von Gütersloh

Weitere Informationen und ein Anmeldeformular finden sich [hier](#).

## Gesetz für Ehrenamtliche in BaWü in Kraft

(BS) Das Gesetz zur Stärkung der Rechte der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz ist in Baden-Württemberg in Kraft getreten.

Das Gesetz führt den Begriff der "Außergewöhnlichen Einsatzlage" im Landeskatastrophenschutzgesetz (BW LKatSG) ein. Bei "Außergewöhnlichen Einsatzlagen", die unterhalb der Katastrophenschwelle liegen, kann der Einsatz von ehrenamtlichen Kräften leichter und rechtssicherer gestaltet werden. Außerdem wurden die Regelung der Helferfreistellung und die Gewährung

von Verdienstaufschlägen auf diese Einsatzlagen erweitert.

Zudem bildet das Gesetz eine Grundlage zur anteiligen und pauschalisierten Finanzierung des Landes für die Aus- und Fortbildung sowie für Persönliche Schutzausrüstung (PSA) von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Hilfsorganisationen.

Die Möglichkeit der "Außergewöhnlichen Einsatzlage" wurde kurz nach Inkrafttreten auch sofort vom baden-württembergischen Innenministerium genutzt und die Lage festgestellt.

### Infobox

#### Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

#### [Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 4. Januar:](#)

- Handeln in der Pandemie – Blaupause für hybride Kriegführung
- 2020 – Das Jahr der Nicht-Entscheidungen
- Das Projekt "European Medical Cooperation 2.0"

#### [Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 4. Januar:](#)

- Corona-Infektionen kaum als Dienstunfälle anerkannt
- "Instacops" schaffen sich selbst Probleme
- Bayern: Gewalt gegen Polizisten nimmt immer weiter zu

#### [Newsletter "E-Government, Informati-onstechnologie und Politik" vom 6.](#)

- [Januar:](#)
- Wahlsoftware mit Sicherheitslücken
- Flash Player zum 25. Geburtstag endgültig eingestellt
- ITZbund in neue Rechtsform gewandelt

## DIGITALER STAAT DISKUSSION.

### Betrieb öffentlicher Rechenzentren – Erfahrungen und Lehren aus der Corona-Krise

Donnerstag, 21. Januar 2021, 09:30 – 11:00 Uhr



**Dr. Markus Pleier**  
CTO & Sr. Director  
System Engineering  
Central Europe,  
Nutanix



**Dr. Johann Bizer**  
Vorsitzender des  
Vorstands, Vorstand  
Lösungen und  
Ressourcen, Dataport



**Hans-Josef Fischer**  
Betriebsleiter, Landesbetrieb  
Information und Technik  
Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)



**Lars Hoppmann**  
Geschäftsleiter,  
Kommunales Rechen-  
zentrum Minden-  
Ravensberg/Lippe



**Matthias Bongarth**  
Geschäftsführer,  
Landesbetrieb  
Daten und Information  
Rheinland-Pfalz



**Christian Leinert**  
Präsident,  
IT Baden-Württemberg  
(BITBW)



## Förderrichtlinie für PSA in Kraft getreten

(BS) Die "Richtlinie für die Bundesförderung von Forschungs- und Technologievorhaben zur Produktion innovativer persönlicher Schutzausrüstung" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) ist in Kraft getreten. Mit dieser können Unternehmen und Forschungseinrichtungen Förderungen für innovative Projekte im Bereich der Persönlichen Schutzausrüstung (PSA) beantragen.

Ziel der Förderung ist es, vermehrt Anreize für die Weiterentwicklung von Schutzausrüstung zu erzeugen und die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu intensivieren. Dadurch sollen die Wettbewerbsfähigkeit von

deutschen Unternehmen gestärkt und Produktionskapazitäten in der Bundesrepublik erhalten werden. Konkret sollen durch die Förderrichtlinie mehrere Schwerpunkte bei PSA anvisiert werden. Diese Punkte sind unter anderem Nachhaltigkeit und Kreislauffähigkeit, Funktionalität, Automatisierung und Digitalisierung der Produktion von PSA sowie Effizienzsteigerung der "Nationalen Reserve Gesundheitsschutz" (NRGS).

Für die Richtlinie stehen bis zum Jahr 2025 163 Millionen Euro zur Verfügung. Die Höhe der Förderung ist für Unternehmen abhängig von der "Marktnähe der zu entwickelnden Lösungen". Dafür werden zwischen 15 bis 50 Prozent der Gesamtkosten



Es stehen rund 163 Millionen Euro für innovative Projekte bereit.

Foto: BS/Antonio Cansino, [pixabay.com](https://pixabay.com)

bezuschusst. Für Forschungseinrichtungen können projektbezogene Ausgaben bis zu 100 Prozent gefördert werden.

## Pilotprojekt für Fahrzeugbeschaffung ausgeweitet

(BS) Das Pilotprojekt zur Beschaffung von Löschfahrzeugen nach dem "Schleswig-Holstein-Standard" wird im nördlichsten Bundesland ausgeweitet. Bislang hatten sich fast 20 Gemeinden bei der ersten Beschaffungsrunde von Löschgruppenfahrzeugen 20 (LF 10) und Hilfeleistungslöschfahrzeugen 10 (HLF 10) beteiligt. In diesem Projekt werden die Kommunen bei der Beschaffung von Fahrzeugen durch das Land

unterstützt. Dabei können sie sich an einer rechtssicheren Sammelbeschaffung beteiligen. Das Innenministerium Schleswig-Holsteins übernimmt dabei die Kosten für die Erstellung des Leistungsverzeichnisses, für den Vergabeprozess und für die Fahrzeugabnahme. Auch in diesem Jahr soll das Projekt fortgesetzt werden. Die Innenministerin Schleswig-Holsteins, Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU), sagte dazu: "Zweistellig

war unser Ziel. Das ist trotz aller Corona-bedingten Widrigkeiten locker erreicht worden. Das Projekt wird damit im nächsten Jahr fortgesetzt, voraussichtlich mit dem LF 20/HLF 20. Mit dieser Fahrzeugklasse wollen wir dann all denen gerecht werden, die in den aktuellen Fahrzeugklassen LF 10 und HLF 10SH aufgrund der benötigten Ausstattungsmerkmale keine Berücksichtigung finden konnten."

→ 21. Januar 2021 WEBKONFERENZ

# Hamburger Vergabetag 2021

### Praxis-Workshops:

1. Wettbewerblcher Dialog
2. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Angebotswertung
3. Die vergaberechtskonforme Beschaffung von Verpflegungsleistungen
4. Die Wahl der Verfahrensart und ihr Einfluss auf den Markt
5. Lieferantenmanagement
6. Vergaberecht und Insolvenz
7. Die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen
8. Häufige Fehler im Vergabeverfahren
9. Aktuelle Rechtsfragen zur Vergabe von Wegenutzungsrechten
10. IT-Beschaffung konkret
11. Nutzung der Inhouse-Vergabe
12. Ausschlussgründe und Selbstreinigung im Vergaberecht
13. Dringlichkeit, Rügen, Kostenexplosion und Co.
14. Beschaffung gebrauchter Software-Lizenzen

### Keynotes u.a. von:



**Dr. Christine Maimann,**  
Vorsitzende Richterin am  
Oberlandesgericht, Vergabesenat  
des OLG Düsseldorf



**Bettina Lentz,**  
Staatsrätin, Finanzbehörde der  
Freien und Hansestadt Hamburg



**Dr. Gundula Fehns-Böer,**  
Richterin am Oberlandesgericht,  
Vergabesenat des OLG Frankfurt  
a.M.

### Hamburger Vergabetag – DER Treffpunkt für öffentliche Einkäufer, Auftragnehmer und Vergaberechter

Diskutieren Sie über aktuelle Rechtsfragen und einschlägige Spruchpraxis und erfahren Sie, wie digitale Einkaufsstrategien wirksam und zugleich rechtskonform umgesetzt werden können. Die insgesamt 14 Workshops mit einem stark praxisorientierten Ansatz sowie die Möglichkeit zum virtuellen Erfahrungsaustausch in der Behörden Spiegel-Webblounge runden den Hamburger Vergabetag weiter ab.

Veranstalter:



Mit fachlicher Unterstützung von:



→ Online-Anmeldung unter [www.hamburger-vergabetag.de](http://www.hamburger-vergabetag.de)

Foto Hamburg: © John Smith, stock.adobe.com

## Erster reiner Online-Lehrgang an LFS SH

(BS) Aufgrund der Corona-Pandemie haben erstmalig zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen reinen Online-Lehrgang an der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein (LFS SH) absolviert. Der Lehrgang "Leiten einer Feuerwehr" fand dazu durch-



Der erste reine Online-Lehrgang fand an der Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein (LFS SH) ein erfolgreiches Ende.

Foto: BS/Oberholster Venita, [pixabay.com](https://pixabay.com)

gehend als Webkonferenz statt. Dabei entsprach der Online-Lehrgang genau seinem Pendant - der Präsenzveranstaltung - bei Inhalt, der Dauer und dem Abschluss. Der Online-Lehrgang "Leiten einer Feuerwehr" wurde von der Landesfeuerwehrschule zusammen mit der Fachabteilung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums für die Zeit der Pandemie entwickelt. Für den reibungslosen Ablauf wurden bereits in der Woche vor dem Lehrgang die technischen Gegebenheiten getestet. "Wenn die Erfahrungen positiv sind, und nach den ersten Rückmeldungen sieht das so aus, dann wollen wir das Konzept auch auf andere geeignete Veranstaltungen übertragen", erklärte der Leiter der LFS SH, Jan-Rasmus Hansen. Der neue Online-Lehrgang soll jedoch nicht die Präsenzveranstaltungen verdrängen. Es ist jedoch geplant, Online-Teilnahmen in Zukunft zusätzlich anzubieten.

## AKNZ nur online

(BS) Die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) setzt ihren Veranstaltungsbetrieb aufgrund der Corona-Pandemie und den Eindämmungsmaßnahmen weiterhin nur online fort. Präsenzveranstaltungen sind derzeit nicht geplant. Die Planungen sehen eine Fortsetzung des reinen Online-Angebots bis Ende Februar vor. Ob ab März Veränderungen vorgenommen werden sollen, wird Anfang dieses Monats entschieden. Die AKNZ ist die zentrale Aus- und Fortbildungseinrichtung des Bundes im Bevölkerungsschutz. Das Ausbildungsangebot der Akademie richtet sich an alle Verantwortlichen im Bereich der zivilen Sicherheitsvorsorge. Eine regelmäßig aktualisierte Übersicht über Online-Veranstaltungen und die stornierten Veranstaltungen findet sich [hier](#).



## Sicher und compliant in das neue Jahr. Programmstart 2021.



Grafik: © Irina Strelnikova, [stock.adobe.com](https://stock.adobe.com)

### IT-Sicherheit, Datenschutz, Threat Intelligence

- **Datenschutz beim Einsatz von K.I. und Robotik**  
Online, 13. Januar, 13:30-15:30 Uhr
- **Zertifizierungskurs: IT-Security-Beauftragte/r**  
Online, 21. Januar - 26. Februar
- **Datenschutz für Datenschutzkoordinator\*innen und -Manager\*innen**  
Online, 27. Januar, 13:30-15:30 Uhr
- **ISO/IEC 27001 – Spezifikationen und Mindestanforderungen**  
Online, 29. Januar, 9:30-12:30 Uhr
- **Rechtliche Anforderungen bei der Weiterverwendung von Daten und Informationen**  
Online, 2. Februar, 13:30-15:30 Uhr
- **Datenschutz – Aktuelle Entscheidungen und Entwicklungen**  
Online, 11. Februar, 13:30-15:30
- **Threat Intelligence Basics**  
25. Februar, 13-14:00 Uhr
- **Rolle und Maßnahmen der\*s IT-Sicherheitsbeauftragten beim IT-Notfall**  
Online, 25. Februar, 13:00-16:00 Uhr

Das komplette Seminarprogramm 2021 finden Sie [hier](#)



Die Cyber Akademie ist Partner der Allianz für Cyber-Sicherheit

[www.cyber-akademie.de](https://www.cyber-akademie.de)

## Feuerwehrtag 2022

(BS) Nachdem die Messe "Interschutz" auf das Jahr 2022 verschoben wurde, wird auch der 29. Feuerwehrtag auf das Jahr 2022 verlegt. Der Feuerwehrtag findet parallel zur Interschutz vom 20. bis 25. Juni 2022 statt. Dies gab der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) bekannt. Der Verband ist einer der ideellen Partner der Messe.

Für die Verlegung hatte sich der DFV-Präsidialrat einstimmig auf einer digitalen Sitzung ausgesprochen. Hintergrund dabei war das weitere Pandemiegeschehen. "Eine Großveranstaltung mit der Zielgruppe systemrelevanter Angehöriger der Gefahrenabwehr kann nur stattfinden, wenn das System dadurch nicht gefährdet wird. Dies ist unter den aktuellen Voraussetzungen für 2021 nicht zu gewährleisten – und daher hat sich der Deutsche Feuerwehrverband entschieden, den 29. Deutschen Feuerwehrtag zu verlegen. Auch wenn die erneute Verschiebung schade ist: Entscheidend ist die Sicherheit der Feuerwehrangehörigen!", betonte Hermann Schreck, Vizepräsident und Ständiger Vertreter des Präsidenten des DFV.

Zunächst waren die Interschutz und der Feuerwehrtag auf Mitte 2021 verschoben worden. Diese Entscheidung wurde jedoch aufgrund der Corona-Pandemie aufgehoben. Ebenso sollte auf dem diesjährigen Feuerwehrtag die Wahl eines neuen Präsidenten des DFV durchgeführt werden. Die Wahl des DFV-Präsidenten findet nun auf der digitalen Delegiertenversammlung am 27. Februar 2021 statt.



Der 29. Feuerwehrtag wurde auf das Jahr 2022 verschoben.

Foto: BS/magicpen, [www.pixello.de](http://www.pixello.de)

## BB weiterhin stark kampfmittelbelastet

(BS) Auch 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Kampfmittelbelastung in Brandenburg hoch. Bis Ende November 2020 hat der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) rund 285 Tonnen Kampfmittel, wie Brandbomben, Granaten oder Minen, gefunden und rund 92 Hektar Land als nicht mehr kampfmittelbelastet klassifiziert. Dies geht aus der vorläufigen Bilanz des Dienstes für das Jahr 2020 hervor.

Der KMBD bearbeitete zudem über 5.600 Anfragen von Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern zur Prüfung von Grundstücken auf eine Kampfmittelbelastung. Außerdem rückte der Beseitigungsdienst rund 2.600 Mal zu einem Kampfmittelfund aus.

### Mehre Millionen Euro Kosten für Kampfmittelräumungen

Das Land Brandenburg musste für Räumungen Kosten in Höhe von insgesamt 12,9 Millionen Euro tragen. Von diesen entfielen 7,5 Millionen Euro auf die Beseitigung der Kampfmittel und 5,4 Millionen Euro für Personal- und Sachkosten. Der Innenminis-

ter Brandenburgs, Michael Stübgen (CDU), zeigte sich über die Erfolge des KMBD erfreut: "Die Fachleute des KMBD haben auch in diesem Jahr wieder ganze Arbeit geleistet. Trotz mehrwöchiger Unterbrechungen aufgrund der Pandemie konnten mehr Kampfmittel gefunden werden als im Jahr zuvor. Dennoch ist Brandenburg weiterhin das Bundesland mit dem höchsten Anteil an munitionsbelasteten Gebieten in Deutschland. Deshalb bleibt die Kampfmittelsuche eine Aufgabe, die uns und nachfolgende Generationen noch lange beschäftigen wird." Rund 350.000 Hektar Fläche in Brandenburg stehen unter Kampfmittelverdacht.

Experten gehen davon aus, dass während des Zweiten Weltkrieges 1,3 bis 1,4 Millionen Tonnen Bomben bei Luftangriffen auf das Gebiet des damaligen Deutschen Reichs abgeworfen wurden. Da die meisten Fliegerbomben weniger als eine Tonne wogen, wird die Anzahl der Sprengkörper auf eine zweistellige Millionenzahl geschätzt. Zehn bis 15 Prozent der abgeworfenen Kampfmittel sollen nicht detoniert sein und liegen seitdem teilweise metertief unter der Erde.

## Weniger Verkehrstote in 2020

(BS) Die Corona-Pandemie hatte im vergangenen Jahr auch eine positive Auswirkung. Nach Schätzungen der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) fiel die Zahl der Verkehrstoten im Jahr 2020 um fast neun Prozent auf unter 2.800. Ebenso haben sich die polizeilich erfassten Unfälle gegenüber dem Vorjahr um rund 13 Prozent auf 2,33 Millionen verringert. Dabei reduzierten sich nach Schätzungen der Bundesanstalt auch die Unfälle mit Personenschaden auf rund 272.000. Bei diesen Unfällen verunglückten ungefähr 340.000 Personen. Auf Autobahnen ereigneten sich rund ein Fünftel weniger Unfälle mit Personenschaden. Einzig die Zahlen der nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer gingen nicht bzw. nur geringfügig zurück. Im Jahr 2020 waren etwa 430 getötete Radfahrerinnen und Radfahrer zu beklagen. Im vorangegangenen Jahr waren dies 445. Die Zahl der getöteten

Fußgängerinnen und Fußgänger stagnierte bei über 400.

### Kein Rückgang bei Fußgängern

Grund für den Rückgang ist laut BASt in der gesunkenen Fahrleistung durch die Eindämmungsmaßnahmen. Die Fahrleistung, also die gefahrenen Kilometer, sank deutlich unter das Niveau von 2019 um fast elf Prozent auf 673 Milliarden Fahrzeugkilometer. Ein besonderer Rückgang ließ sich auf der Autobahn beobachten. Grundlage für diese Schätzungen bilden die Daten zu Unfällen und Personenschäden bis August bzw. September. Die Zahlen der noch fehlenden Monate würden mittels Zeitreihenmodellen prognostiziert, so die BASt. Aufgrund der besonderen Situation im Jahr 2020 durch die Corona-Pandemie sei eine Vorausschätzung für das Jahr 2020 "mit höheren Unsicherheiten behaftet als üblich."



# Digitaler Katastrophenschutz-Kongress 2021

Digitaler Austausch in der Krise – Von der Forschung in die Praxis

23. und 24. März 2021

Behörden Spiegel

## Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Michael Harbeke, Tanja Klement, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Wim Orth, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Kilian Recht, Benjamin Stiebel. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: [redaktion@behoerderspiegel.de](mailto:redaktion@behoerderspiegel.de); [www.behoerden-spiegel.de](http://www.behoerden-spiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.